

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Beile 60 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Grev. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Bekanntmachung.

In diesem Jahre tritt die Bestimmung des § 9 Abs. 7 unsres Statuts in Kraft, nach der in jedem 6. Jahre einmal ein 53. Beitrag zu entrichten ist. Zum letzten Male war das im Jahre 1910 der Fall. Am 30. Dezember dieses Jahres erscheint nun wieder die Nummer 53 des „Proletariers“, und am gleichen Tage ist daher auch der 53. Wochenbeitrag fällig.

Die auf der Zeitung stehende Nummer bezeichnet immer zu gleicher Zeit die fällige Wochenmarke. Mit der in dieser Woche erscheinenden Nummer 45 ist auch der 45. Wochenbeitrag zu begleichen.

Wir bitten die Ortsverwaltungen und alle Mitglieder, diese 53. Woche rechtzeitig zu beachten und die Marke auf das Feld 53 zu kleben, damit in der Abführung der Beiträge keine Unterbrechung eintritt.

Die freien Gewerkschaften im Kriegsjahre 1915.

L

„Auch im zweiten Kriegsjahr haben die Gewerkschaften durchhalten und ihre Aufgaben erfüllen können“ — mit dieser Feststellung kann das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ den Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1915 einleiten. Damit ist schon gesagt, daß der Krieg trotz seiner von niemand vorausgesehenen Dauer auf die Gewerkschaften nicht so zerschüttert und zerstörend eingewirkt hat, wie viele ihrer Feinde gehofft und manche ihrer Freunde befürchtet haben. Immerhin sind die Erschwerungen groß und die Hemmungen erheblich. Die Einberufungen zum Heeresdienst haben lähmend auf die Tätigkeit der Gewerkschaften gewirkt, die Mitgliederzahl ist auf fast ein Drittel des Bestandes bei Kriegsausbruch zurückgegangen. Groß ist die Zahl der Kräfte, die den Gewerkschaften verloren gegangen sind. Der Mangel an Funktionären und Vertrauensleuten hat sich äußerst fühlbar gemacht. Die Wirkung all dieser Einflüsse spiegelt sich am klarsten wider in den Zahlen über

die Entwicklung des Mitgliederbestandes.

Die Statistik der Generalkommission gibt davon das folgende Bild: Am 30. Juni 1914 zählten die Zentralverbände ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter 2 482 046 Mitglieder. Das Jahr 1915 schließen sie mit einem Bestand von 982 863 Mitgliedern. An Mitgliedern waren vorhanden:

am Schlusse des	1913	1914	1915
1. Quartals	2 387 892	2 478 861	1 315 646
2. „	2 576 608	2 482 046	1 173 078
3. „	2 547 209	1 677 494	1 070 308
4. „	2 498 959	1 485 428	982 863

Der Mitgliederverlust ist leider nicht nur auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Es sind den Verbänden bis zum Schlusse des Jahres auch weitere 278 316 = 11,2 Prozent der Mitglieder verlorengegangen, darunter 43 700 weibliche = 20,4 Prozent des weiblichen Mitgliederbestandes bei Kriegsausbruch. Im Jahresdurchschnitt zählten die Gewerkschaften für 1915 noch 1 146 259, darunter 172 101 weibliche Mitglieder, gegenüber 2 052 377 Mitgliedern für 1914, wovon 203 648 weibliche waren.

Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß der Mitgliederverlust, der sich neben dem durch Einberufung zum Heeresdienst bedingten ergibt, zu einem Teil darauf zurückzuführen ist, daß Zweigvereine in den Grenzbezirken eingegangen sind, zum andern Teil darauf, daß nicht alle zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder ordnungsgemäß abgemeldet wurden und wegen Beitragsrückstände gestrichen werden mußten. Dazu kommt, daß durch Einberufung zum Heeresdienst Verwaltungsbeamte und Vertrauensleute der Gewerkschaften, die den Zusammenhalt der Mitglieder sicherten, ihrer Tätigkeit entzogen wurden. Bezüglich der letzteren fehlen nähere Angaben, doch kann ihre Zahl nach der besprochenen Verwaltungsbeamten der Gewerkschaften geschätzt werden. Vor Kriegsausbruch waren in den Zentralstellen der Verbände 407, in den Gauleitungen 429, in den Zweigvereinen 1956 und in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter 75, zusammen 2867 Beamte und Hilfsarbeiter tätig. Am Schlusse des Jahres 1915 arbeiteten in den Zentralstellen 292, in den Gauleitungen 277, in den Zweigvereinen 851 und in den Redaktionen 57, zusammen 1477 besoldete Beamte und Hilfsarbeiter. Zum Heeresdienst waren 1230 eingezogen worden. Besonders die Verminderung der Zahl der Beamten in den Zweigvereinen von 1956 auf 851, also um 1105, muß die Agitation für die Gewerkschaften lähmen und die den Zusammenhalt sichernde Verwaltungsarbeit gefährden, zumal neben dieser den Verwaltungsbeamten durch die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer, die Kriegsbeschädigten und die

Nahrungsmittelverteilung eher mehr wie weniger Arbeit entfallen ist, als sie vor dem Kriege hatten.

Es ist deshalb erklärlich, daß während der Kriegszeit nicht nur der Verlust an männlichen, sondern auch an weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen ist, wenngleich der letztere infolge der vermehrten Beschäftigung der Frauen in allen Zweigen der Industrie, des Handels und Verkehrs nicht hätte eintreten dürfen. Erfreulicherweise hat mit dem Schlusse des ersten Quartals 1916, wie neuere Erhebungen ergaben, der nicht durch Einberufung zum Heeresdienst bedingte Mitgliederverlust in den Verbänden aufgehört. Es ist gegenwärtig bereits eine Mitgliederzunahme im allgemeinen wie auch bei den weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen. Damit ist erwiesen, daß die Gewerkschaften trotz der erheblich verminderten Zahl der Verwaltungsbeamten und Vertrauensleute und trotz aller Kriegsmühen ihre Werbestärke nicht verloren haben.

Der Verlust an Mitgliedern hat alle Gewerkschaftsrichtungen getroffen. Für 1914 war der Verlust in den freien Gewerkschaften im Verhältnis zur Mitgliederzahl geringer als bei den Christlichen und Kirch-Dunderschen, für 1915 ist er größer. Um einen eindrucksvollen Überblick zu erhalten, wird man die Verluste für beide Jahre zusammen betrachten müssen. Es ergeben sich dann folgende Zahlen.

Es haben in den Jahren 1914 und 1915 an Mitgliedern verloren:

	absolut			in Proz der Mitgliederzahl	
	1914	1915	zusammen	1914	1915
Zentralverbände	496 386	906 118	1 402 504	19,48	44,15
D. D. Gewerkschaften	28 869	16 663	45 532	27,08	21,43
Chr. Gewerkschaften	60 041	106 607	166 648	17,52	37,68

Weitgehende Schlüsse lassen sich aus diesen Zahlen nicht ziehen. Zunächst ist nicht festgestellt oder doch nicht angegeben, wieviel der Verluste auf Einziehungen zum Heeresdienst zurückzuführen sind. Ferner ist die Zusammenfassung der Mitgliederzahl nicht bei allen Gewerkschaftsrichtungen gleich. Schon der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder differiert. Auch das durchschnittliche Alter der Mitglieder spricht mit. Soweit Einzelerhebungen ein Urteil zulassen, ist zum Beispiel in den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften ein weit höherer Prozentsatz älterer, nicht mehr militärpflichtiger Mitglieder vorhanden als in den freien Gewerkschaften. Ferner muß der Anteil der einzelnen Berufe berücksichtigt werden. Bei den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften bilden zum Beispiel die Eisenbahner etwa ein Fünftel, bei den christlichen sogar fast ein Fünftel der Mitgliederzahl. Diese sind aber, wie die Nachweise der in Frage kommenden Organisationen zeigen, nur sehr wenig zurückgegangen. Jedenfalls deshalb, weil sie in nächster auf ihren Dienst nur in geringem Umfange zum Heeresdienst herangezogen werden konnten. Dadurch wurde und wird natürlich das Prozentverhältnis der Verluste wesentlich beeinträchtigt. Ein weit zutreffenderes Bild als der Gesamtvergleich würde eine Gegenüberstellung einzelner Organisationen mit gleichem Refraktionsgebiet geben. Es soll hier jedoch aus naheliegenden Gründen von einer solchen abgesehen werden.

Das „Korrespondenzblatt“ betont, daß es sich bei den Mitgliederverlusten in der Kriegszeit um eine Begleiterscheinung des Krieges handelt, die alle Gewerkschaftsrichtungen betreffen und überall die gleichen Ursachen hat. Es bezieht das zwar nur auf die weiblichen Mitglieder, es gilt jedoch auch allgemein. — Über die Finanzen der Zentralverbände soll in einem zweiten Aufsatze berichtet werden.

Praktische Agitationsarbeit.

Immitten des Weltkrieges, unbestimmt um die großen und die kleinen Kämpfe in der Politik, ungehindert durch die der praktischen Arbeit so wenig förderlichen Zwischigkeiten innerhalb der Arbeiterbewegung hat die organisierte Arbeiterkraft Münchens kürzlich eine Probe zukunftsroh aufbauenden Arbeitseifers abgelegt. Genosse Timm (München) berichtet darüber ausführlich im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“. Er teilt mit, daß die Münchner Gewerkschaften in der Zeit vom 17. bis 23. September eine Gewerkschaftswoche veranstalteten, um neue Mitglieder aus den Schichten der organisationsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen für unsere Gewerkschaften, neue Abonnenten für ihr Arbeiterblatt am Orte, die „Münchner Post“, zu gewinnen. Es war, so schreibt Genosse Timm, eine Woche der praktischen Meinarbeit, die geleistet werden muß, wenn die Gewerkschaften für die nach dem Kriege an sie herantretenden großen Aufgaben gerüstet sein sollen.

Um für die Agitation eine Unterlage zu gewinnen, wurden die Wirtschaftsfrage und die Verschiebung auf dem Arbeitsmarkte geprüft. Das geschah an der Hand der Mitgliederbewegung in den Münchner Krankenkassen. Die Prüfung zeigte, daß der Mitgliederbestand sich seit dem 1. Juli 1914 trotz des Krieges nur wenig verringert hat, daß jedoch die jetzige Mitgliederzahl anders zusammengesetzt ist. Da ist einmal die große Zahl der in der Industrie neu eingetragenen Frauen, ferner viele vom Lande zugeströmte neue Arbeiter, die bisher wenig oder gar nicht von dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung erfaßt waren.

Sehr förderlich war dem Vorhaben das verständige Zusammenarbeiten der Leitungen aller Zweige der Arbeiterbewegung

in München. Mit der Redaktion der „Münchner Post“ wurde rechtzeitig ein Abkommen getroffen, das Blatt in der Gewerkschaftswoche vorwiegend für die gewerkschaftliche Agitation einzustellen. Mit großem Eifer und Geschick hat die Redaktion diese Aufgabe gelöst.

In einer Konferenz, die bereits im Juli stattfand, wurde vereinbart, daß die „Münchner Post“ am Sonnabend, dem 16. September, ausgestaltet als Propagandanummer für die Gewerkschaftsbewegung, erscheinen sollte. Dann folgten die weiteren, in der Woche vom 18. bis 23. September erscheinenden Nummern der Gewerkschaftsbewegung möglichst Rechnung tragen.

Die Agitation selbst wurde individuell, nach den Bedürfnissen der einzelnen Gewerkschaften, geregelt. Es fanden also keine allgemeinen Gewerkschaftsversammlungen statt, sondern jede einzelne Gewerkschaft hielt nach guter Vorbereitung durch Verbreitung von Handzetteln und dergleichen ihre eigenen Berufs- und Betriebsversammlungen ab. Nur fielen diese Versammlungen in einer Woche zusammen. Die Redner waren Berufsangehörige der einzelnen Gewerkschaften und somit vertraut mit den besonderen Verhältnissen ihrer Organisation. Alle hatten sich jedoch vorher zusammengefunden, um sich über die Behandlung der gerade jetzt den Gewerkschaften zufallenden neuen Aufgaben und Probleme zu verständigen, ohne dabei die besonderen Verhältnisse ihres Berufes oder Gewerbes irgendwie zu vernachlässigen.

In der Propagandanummer der „Münchner Post“ vom 16. September gaben 23 Gewerkschaften 75 Versammlungen bekannt, die in der Woche vom 17. bis 23. September abgehalten wurden. Außerdem hielten die einzelnen Gewerkschaften noch eine Anzahl Betriebs- und Werkstattversammlungen ab, so die Metallarbeiter allein 26. Die Redaktion der „Münchner Post“ behandelte in der Gewerkschaftswoche das Problem der Gewerkschaftsbewegung von allen Gesichtspunkten aus.

Als Auftakt brachte sie in der ersten Propagandanummer einen Artikel über die sozialökonomische Arbeit bei den deutschen Gewerkschaften.

Weitere Propagandanummern brachten Abhandlungen über: „Die Gewerkschaften und sozialdemokratische Arbeiterpresse“, „Die soziale Bewegung und Gewerkschaften vor und nach dem Kriege“, „Aus dem dunklen Deutschland“, „Das Werden der Gewerkschaften“, „Das Lebensmittelprogramm der freien Gewerkschaften im Weltkrieg“, „Der Weltkrieg und die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung“, „Die Münchner freien Gewerkschaften und die Lebensmittelversorgung“, „Die Kriegsfürsorge, eine neue Aufgabe der Gewerkschaften“, „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“, „Die internationale Arbeiterjugendbewegung“ und andere mehr. In einer eigenen Rubrik: „Aus dem Münchner Gewerkschaftsleben“, schilderten die einzelnen Organisationen ihre Leistungen und Erfolge und beleuchteten besonders die Verhältnisse während des Weltkrieges. Aus allen Publikationen leuchtete der sieghafte Wille zum Aufbau für die kommende Zeit hervor.

Über den Erfolg der Gewerkschaftswoche lassen sich zahlenmäßige Angaben noch nicht machen. Mit Recht betont jedoch Genosse Timm, daß der Wert und die Bedeutung dieser Agitation nicht an Zahlen gemessen werden könne, sondern vornehmlich darin liege, daß in dem Chaos des Weltkrieges mit vereinten Kräften aufbauende Kulturarbeit geleistet wurde. So selbstverständlich dies auch erscheinen mag und so wenig auch an sich unsere Gewerkschaftsagitation als etwas Besonderes gilt, so beleuchtet sie doch wohl unter den gegenwärtigen Wirren in der Arbeiterbewegung das große Streben nach Machterweiterung für die gewaltigen Aufgaben der Zukunft.

Zum Schlusse betont Genosse Timm unter nochmaliger Hervorhebung der vortrefflichen Unterstützung der Aktion durch die „Münchner Post“, daß alle in der Arbeiterbewegung tätigen Kräfte die Aufgabe haben, in gemeinschaftlichem Zusammenwirken unsere Organisationen auszubauen, und daß, unter den gleichen Voraussetzungen auch in andern Orten sich unter dem Donner des Weltkrieges noch vieles für die Machterweiterung unserer Gewerkschaften erreichen läßt. Der Meinung sind wir auch.

Im Anschluß an diesen zur Nachheiferung anregenden Auszug aus dem Bericht des Genossen Timm geben wir nachstehend den Artikel, mit dem die „Münchner Post“ die Gewerkschaftswoche einleitete, wieder.

Witten in den Trommelfeuern des Weltkrieges rufen wir die deutsche Arbeiterkraft zur Sammlung ihrer aufbauenden Kräfte auf. Es sind dies die organisierten Kräfte, die seit drei Jahrzehnten die deutschen Arbeiter aus einer tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Schatteneigenheit zu einer mitbestimmenden Macht des deutschen Volksebens emporgehoben haben und die sich wieder in voller Planmäßigkeit und in Stärke entfalten sollen. Eine lebensvolle, die deutsche Volkswirtschaft fördernde Potenz wirkt sich im deutschen Gewerkschaftswesen aus, und das, was es bisher der deutschen Vergangenheit war, soll es in vielfältiger Form der deutschen Zukunft werden.

Die Politik der deutschen Gewerkschaften erschöpft sich nicht in Bestrebungen zur Erhöhung höherer Löhne und kürzerer Arbeitsstunden, obwohl schon dieses Programm allein ihre Existenz glänzend rechtfertigen würde, sondern strahlt nach allen Seiten

des wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Lebens aus. Sie ergo durch eine vielverbreitete Gewerkschaftspressen die deutsche Arbeitererschaft zu einer regen Beteiligung am deutschen und internationalen Kulturleben überhaupt. Wenn der deutsche Arbeiter sein früheres wirtschaftliches und politisches Helotentum von sich abstreifte, dann verdankt er es nicht zuletzt seiner Gewerkschaftspressen, die gemeinsam mit den Propagandaorganen der Sozialdemokratie die so fest eingetapfelten Sklavengedanken und Knechtschaftsgedanken aus der Seele des deutschen Proletariats vertrieben. Auch die deutschen Gewerkschaften übernahmen von dem großen Schöpfer der politischen Arbeiterbewegung, von Ferdinand Lassalle, das Programm einer sozialen und kulturellen Neugestaltung der Gesellschaft. Zu dem Arbeiter sah Lassalle stets den konsequenten Vordenker aller der großen Kulturideen, die uns frühere Gesellschaftsepochen in einem unfertigen Zustande überliefert hatten. Die Befreiung des Menschen, die Wandlung vom Klassenstaat zum Kulturstaat, sie konnte erst der Arbeiter in einem von der „Idee des Arbeiterstandes“ völlig beherrschten Staate vollbringen. Das „Prinzip des Arbeiterstandes“ als des künftig herrschenden Prinzips der Gesellschaft, enthält nach Lassalle einen neuen sittlichen Inhalt: Zu der sittlichen Idee der freien Betätigung der individuellen Kräfte, welche die bürgerliche Gesellschaftsepochen verkündete, trat die Idee der Solidarität der Interessen, der Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in die Entwicklung. Und gerade die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde die hervorragendste Erziehungsstätte für dieses Solidaritätsgefühl, für die gegenseitige Förderung gemeinsamer Interessen. Und nicht allein den Lohnarbeiter, den ganzen Menschen zog die Gewerkschaftsbewegung mit sich in die Bahnen einer großen Kulturbewegung. Die Gewerkschaften veranstalteten Bildungskurse im großen Umfang und schufen sich gediegene Bibliotheken. Am Beginn des neuen Jahrhunderts konnten sich die Verwaltungskassen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Holzarbeiterverbandes in Berlin ganz hervorragend, mit gründlicher wissenschaftlicher Kenntnis und seinem literarischen Geschmack zusammengestellter Bibliotheken rühmen. Überall suchten diese Bibliotheken den geistigen Horizont des Arbeiters zu erweitern und das Verständnis für das ökonomische und kulturelle Leben der Völker zu erwecken.

Die deutsche Gewerkschaftspressen hat sich stets bemüht, den deutschen Arbeiter in die großen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens einzuführen. Und das erkennt erst jüngst Genosse Dr. Adolf Braun, der wahrlich kein unkritischer Lobredner des deutschen Gewerkschaftswesens ist, in seinem Schriftchen: „Internationale Verbindungen der Gewerkschaften“ freudig an. Er schreibt nämlich: „An Stärke und finanzieller Kraft waren in Europa mit den deutschen Gewerkschaften bloß die Trade Unions vergleichbar, aber sie haben noch einen weiten Weg zu machen, bis sie zu der Zentralisation der deutschen Gewerkschaften gelangen. Wie weit die geistige Beeinflussung ihrer Mitglieder von denen der deutschen Gewerkschaften entfernt ist, zeigt ein Vergleich des Inhalts und der Art der gewerkschaftlichen Fachorgane in deutscher und in englischer Sprache. Das Verständnis für die Verhältnisse des Auslands und für die wirtschaftlichen Zusammenhänge der eigenen Arbeiterklasse mit der Lage und den Entwicklungstendenzen der Arbeiterklasse anderer Länder ist in Deutschland, wenn auch absolut sicher nicht genügend, so relativ sehr gut in den Gewerkschaften entwickelt, während es in der englischen Arbeitererschaft, deren geistiges Leben zuletzt infolge des Sports sehr ungenügend gewest ist, nur spurenhaft zu finden ist.“

In dem letzten verflohenen Vierteljahrhundert hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine umfassende demokratische, kulturelle und sozialwirtschaftliche Umwälzung von unten auf an der heutigen Gesellschaft verrichtet. Wir können diese natürlich hier nur kurz streifen:

Sinige fünfundszwanzigjähriger harter wirtschaftlicher Kampf und emsig aufbauender gewerkschaftlicher Tätigkeit hat sich eine tiefgreifende Aenderung in den deutschen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen vollzogen. Die Gewerkschaften erzwangen durch ihre tatkräftigen Lohnbewegungen, daß für 13 1/2 Millionen Arbeiter die Arbeitsbedingungen tarifvertraglich geregelt werden. Diese sind der einseitig bestimmenden Gewalt des kapitalistischen Herrschers entzogen und der Kontrolle der Gewerkschaft unterstellt. In mehr als 90 Prozent der Tarifverträge bildete der Verhandlungstag die obere Grenze der Arbeitsdauer. (Korrespondenzblatt der Gewerkschaften der Gewerkschaften Deutschlands.)

Die Gewerkschaften verdrängten in wachsendem Maße den individuellen Vertrag in den kollektiven Arbeitsvertrag. Sie erkämpften der Arbeitererschaft innerhalb eines sich ständig erweiternden Rahmens das Mitspracherecht in den grundwichtigen Fragen der Lohn- und Arbeitszeitregelung, der Werkstattshygiene. Sie veränderten dadurch gleichsam den sozialrechtlichen Charakter des kapitalistischen Betriebes.

Aber damit nicht genug, behielten die Gewerkschaften durch die Arbeitererschaftsorganisation das Kontrollrecht des Staates über die kapitalistischen Unternehmungen aus und drängten planmäßig zu einer staatlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse hin. Ein Einbruch in das Recht des „Herrn im Hause“ erfolgte also von zwei Seiten aus durch die rein gewerkschaftliche und politisch-gewerkschaftliche Tätigkeit unserer großen Zentralverbände.

Die soziale Rechtsordnung der heutigen Gesellschaft zeigt aber noch eine Schwachstelle, an der wir die deutschen Gewerkschaften in voller Tätigkeit sehen. Der individualistisch-kapitalistische Gesellschaft wurde durch die Macht der sozialen Bewegung der soziale Zwangsversicherungsgedanke aufgebracht. Dieser sollte ihn in seinem Recht, gerade weil er die Sozialdemokratie „pöblich“ und nicht selten durch Ausschlaggefeße belächeln wollte. Die deutsche, auf dem Zwangsversicherungsgedanken beruhende soziale Versicherung will nun den Arbeiter vor den unvorhergesehenen Folgen von Krankheit, Unfall, vorzeitiger Invalidität sichern. Diese staatliche Gesetzgebung lagten nun die Gewerkschaften nachdrücklich zu erweitern und sozial zu vertiefen. Deutsche Gewerkschaften organisieren daher die Arbeiter zu den Krankenkassen, zu den Landesversicherungsanstalten und suchten in diesen Institutionen großzügige sozialhygienische Programme zu verwirklichen. Sie wirkten dazu nicht unerheblich auf den sozialen Geist der Reichsversicherungsanstalt der sozialen Versicherung ein. Sie vertieften den Beginn des Betriebsunfalls, der Invalidität usw. durch ihre Tätigkeit in den Reichsversicherungsanstalten (im Reichsversicherungsamt). Zur Behauptung der

Machte der versicherten Arbeiter schufen sie Arbeitersekretariate und verrichteten so eine wichtige Vorarbeit für die Einführung einer unentgeltlichen Rechtshilfe.

Die staatlichen Versicherungsinstitute erfüllten nur zum Teil die Forderungen der Gewerkschaften an eine leistungsfähige soziale Versicherung. Die Gewerkschaften haben aber ein Lebensinteresse an dem plammäßigen großzügigen Ausbau derartiger Institute, die den Arbeiter vor dem Herabsinken in die sozialen Existenzschichten des Lumpenproletariats schützen und seine Widerstandskraft gegenüber dem Unternehmertum erheblich stärken. Gerade hier entbehre schmerzlich das Proletariat einer Versicherung vor den Folgen der Arbeitslosigkeit. Deshalb schufen die Gewerkschaften das Fundament einer tragfähigen Arbeitslosenversicherung, und so bahnten sie der gesetzgebenden Tätigkeit des Staates einen neuen Weg zur staatlichen Lösung dieser großen Versicherungsaufgabe.

Unermüdet waren also Kräfte der organisierten Arbeiter an dem Wert einer weltgehenden Sozialisierung der privatkapitalistischen und sozialrechtlichen Institutionen. Diese Arbeit fand eine zweckvolle Ergänzung in der Begründung großer Konsumgenossenschaften, die vor allem die arbeitenden Massen zusammenfaßten und sich auf demokratischer Grundlage aufbauten. Daher erfuhr das Genossenschaftswesen der Großstädte durch die Gewerkschaften die stärkste Förderung. Massenhaft betätigten sich Gewerkschaftsführer in den Leitungen der Konsumvereine. In Gemeinschaft mit den Genossenschaften riefen sie dann eine großzügige Volksversicherung ins Leben.

Wahrlich, der Sozialpolitiker, der nur in den Gewerkschaften „Streikvereine“ zur Erbringung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit sieht, ist nicht einmal bis zur Oberfläche des deutschen Gewerkschaftswesens vorgedrungen. Gerade die tiefgreifende sozialpolitische und sozialrechtliche Umgestaltung ist der eigentliche Inhalt der gewerkschaftlichen Bestrebungen geworden. Diese Arbeit hat jeder Gewerkschafter umfänglich zu fördern und für sie hat er neue Methoden unter der organisierten Arbeitererschaft zu erwerben. Sein wesentliches Hilfsmittel zu dem großen Ziel einer Demokratisierung und Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist aber die sozialdemokratische Arbeiterpresse. Die Vorbearbeit für diese Presse ist die unerlässliche Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Aus der Industrie

Die Arbeiterlöhne in der Papierverarbeitungsindustrie im Jahre 1915.

„Noch ist der Krieg nicht beendet, noch gilt es, vieles zu tun, aber schon neigt sich das Jünglein der Wage nach unsrer Seite, schon ist die Nemesis der Weltgeschichte für unsre Feinde angebrochen. Wir wissen, daß wir siegen werden. Wir wollen nicht nur das Volk der Dichter und Denker sein, sondern auch ein Volk, das zu verteidigen weiß, was es in harter Arbeit erworben hat.“ Mit diesen überschwänglichen, von patriotischer Begeisterung getragenen Worten eröffnete der Vorsitzende der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft, Herr Rudolf Bergmann, die ordentliche Genossenschaftsversammlung am 23. Oktober 1915 zu Berlin.

Auch die Papierarbeitererschaft verteidigt, was sie in harter Arbeit erworben hat, ja noch mehr, sie verteidigt in diesem Weltkriege auch jene Vermögen mit, die sie in harter angestrebter Arbeit für andre mit erworben hat. Um diese Verteidigung an der Front sowohl als auch in der Heimat erfolgreich durchzuführen, ist es aber nötig, daß ihr die Mittel gewährt werden, um erfolgreich „durchhalten“ zu können. Mit andern Worten: die Papierindustriellen müssen Löhne zahlen, die die Leistungsfähigkeit der Papierarbeitererschaft während des Krieges und nach demselben sicherstellen. Prüfen wir deshalb an Hand des bis vor kurzem erschienenen Genossenschaftsberichts, ob die Unternehmer der Papierverarbeitungsindustrie diese Pflicht in ausreichendem Maße erfüllt haben. Aus dem Jahresbericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1915 wissen wir bereits, daß die Papierfabrikanten, mit wenigen Ausnahmen, trotz der ständigen Klagen über die angeblich im fortwährenden Steigen begriffenen Arbeiterlöhne diese Pflicht nur mangelhaft erfüllt haben, denn sonst könnte der Jahresdurchschnittslohn eines Sollarbeiters unmöglich von 1004 Mk. im Jahre 1914 auf 994 Mk. im Jahre 1915 gesunken sein. Leider mußten wir bei der Durchsicht des Verwaltungsberichts der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft feststellen, daß auch für die Arbeitererschaft dieser Industriezweige der Jahresdurchschnittsverdienst eines Versicherten gesunken ist, und zwar von 962,03 Mk. im Jahre 1914 auf 919,93 Mk. im Jahre 1915. Da die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft die Löhne der Versicherten nicht nach den verschiedenen ihr angehörenden Berufsgruppen spezifiziert, können wir leider nicht angeben, wie sich die Löhne in den einzelnen der Genossenschaft angehörenden Berufsgruppen gestellt haben. Muß der Durchschnittsverdienst für die gesamte Genossenschaft schon als außerordentlich niedrig bezeichnet werden, so dürfte derselbe für die zu unserem Verbandsgebiet gehörigen Berufsgruppen der Papeten-, Bunt-, Chroma- und Pergament-Papierfabrikation noch unter dem von der Genossenschaft ermittelten Durchschnitt liegen, da die Arbeitererschaft dieser Betriebe durchschnittlich eine noch schlechtere Entlohnung erhält als die übrigen angehörenden, zum Teil aus gelerntem und deshalb besser bezahlten Arbeitern bestehenden Berufsgruppen.

Die Gesamtsumme der umlagepflichtigen Löhne betrug im Jahre 1915 für 97 207 versicherte Personen 89 423 455 Mk. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der versicherten Personen um 24 652 und die Summe der umlagepflichtigen Löhne um 27 808 519 Mk. zurückgegangen. Ebenso ist die Zahl der Betriebe um 85 zurückgegangen; sie betrug im Jahre 1915 noch 4484. Von den 97 207 versicherten Personen befanden sich nur 172 Personen in gehobener Stellung, und zwar 22 Betriebsunternehmer, 57 Betriebsbeamte und 93 Bureaubeamte, während die übrigen 97 035 Versicherten sich aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen rekrutierten. Es kann angenommen werden, daß die Gesamtsummen die Höhe der umlagepflichtigen Löhne nicht zu beeinflussen werden, sonst würde der jämmerliche Jahresdurchschnittsverdienst der Genossenschaft für die Arbeiter noch niedriger ausfallen. Im übrigen sei festgestellt, daß der Jahresdurchschnittsverdienst eines Versicherten in der Papierverarbeitungs-

Berufsgenossenschaft seit 1907 noch nicht wieder einen derartig niedrigen Stand erreicht hat wie 1915. Im Verhältnis zu dem damaligen Stande der Lebensmittelpreise hat sich die wirtschaftliche Lage der Papierarbeiter ganz gewaltig verschlechtert. Daran ändert auch die Ausrede der Unternehmer nichts, daß die Jahresdurchschnittslöhne nur durch die erhebliche Mehrbeschäftigung von Frauen, Mädchen und Unbeldburschen gesunken seien, für die erwachsenen männlichen Arbeiter aber die Löhne in Wirklichkeit eine Erhöhung erfahren haben. Diese Ausrede der Papierindustriellen ist um so weniger stichhaltig, als in vielen Fällen die Arbeiterinnen und Jugendlichen die früher beschäftigten erwachsenen männlichen Arbeiter voll ersetzen müssen, und deshalb für die gleiche Arbeitsleistung auch mit vollem Rechte die gleiche Entlohnung wie ihre Vorgänger verlangen können. Hierzu kommt noch, daß in den meisten Fällen die während der Kriegszeit erwerbstätig gewordenen Frauen und Mädchen an Stelle des zum Heere abgereisten Vaters oder Bruders die Ernährung der Familie übernehmen müssen. Über selbst da, wo die Löhne der noch erwerbstätigen erwachsenen Arbeiter eine Erhöhung erfahren haben, steht diese Steigerung in keinem Verhältnis zu den erheblich gestiegenen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel. Was nützen dem Arbeiter auch 10 Prozent Lohnerhöhung, mit der die Unternehmer dann Kauf' en gehen, wenn ihm zu gleicher Zeit seine Lebenshaltung um 100 und mehr Prozent verteuert wird?

Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage der Papierarbeiter hätte nur dann vermieden werden können, wenn diese die Gelegenheit gehabt hätten, jede Vertierung des Arbeiterhaushalts durch eine Lohnerhöhung auszugleichen. Da dieses nicht der Fall ist, so kann ruhig behauptet werden, daß die Papierarbeiter von ihren Unternehmern nicht die Mittel erhalten haben, um „dem deutschen Volke das zu verteidigen, was es in harter Arbeit erworben hat“. Wenn trotzdem die Papierarbeitererschaft bisher ihre Pflicht unerlässlich erfüllt hat, so ist das auf Kosten ihrer Gesundheit geschehen. Auf die Dauer werden die Papierarbeiter bei der jetzigen Lebenshaltung die an sie gestellten Forderungen nicht erfüllen können. Das müßen auch die Unternehmer beherzigen und ihrer Arbeitererschaft eine Entlohnung gewähren, die es ihr ermöglicht, ohne allzu großen Schaden für Leben und Gesundheit mit ihren Familien „durchzuhalten“. Die in der nachfolgenden Tabelle verzeichneten Jahresdurchschnittslöhne lassen in dieser Beziehung viel zu wünschen übrig.

Sektion	Zahl der Versicherten	Jahresdurchschnittslohn eines Versicherten 1915	Jahresdurchschnittslohn eines Versicherten 1914
I. Berlin	16 778	1179,96 Mk.	1145,10 Mk.
II. Breslau	6 624	682,32	729,50
III. Sibirien	22 204	917,93	963,70
IV. Hannover	11 839	848,64	912,49
V. Kassel	6 542	774,13	828,34
VI. Überfeld	13 638	921,74	980,51
VII. Jahr i. B.	5 863	865,53	923,58
VIII. Nürnberg	13 726	872,49	932,58
Im Reiche	97 207	919,93 Mk.	962,03 Mk.

Mit Ausnahme der Sektion Berlin sind im ganzen Reiche die Löhne der in der Papierverarbeitungsindustrie tätigen Arbeiter gesunken. Dabei ist kaum anzunehmen, daß die Berliner Papierverarbeitungsindustrie prozentual weniger Arbeiterinnen während der Kriegszeit beschäftigt als die Papierverarbeitungsindustrien in den übrigen Sektionen der Genossenschaft. Auch sonst sind die Berliner Papierindustriellen natürlich nicht freigebiger als ihre andern Kollegen im Reiche. Wenn trotzdem die Löhne in der Sektion Berlin eine Erhöhung erfahren haben, so ist das in erster Linie auf die unermüdete Tätigkeit der organisierten Berliner Papierarbeiter zurückzuführen, die es mit Hilfe ihrer Berufsorganisation verstanden haben, die Löhne den Leunungsverhältnissen einigermaßen anzupassen. Daran müßen sich die übrigen Papierarbeiter im Reiche ein Beispiel nehmen und durch den Anschluß an ihre Berufsorganisation dafür sorgen, daß auch ihre Einkommensverhältnisse der allgemeinen Wirtschaftslage nähergebracht werden.

Opfer der gefährlichen Papiermaschinen.

Wiederholt haben wir gegen die Beschäftigung von Arbeiterinnen an den für Frauen und gefährlichen Maschinen der Papierindustrie, besonders aber gegen die Verwendung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte an den Papiermaschinen Protest erhoben. Selbst die Papiermacher-Berufsgenossenschaft, die in ihren Unfallberichten nur allzu gern die Schuld an den Unfällen der Arbeitererschaft zumißt, sah sich gezwungen, als der Gedanke auftauchte, Arbeiterinnen an den Papier- und Pappmaschinen zu beschäftigen, auf die Gefährlichkeit dieser Handlungsweise hinzuweisen. Der Gedanke der Beschäftigung von Maschinenarbeiterinnen ist längst zur Tatsache geworden. Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft hat ihr anfängliches Strauben aufgegeben, nachdem selbst die größten und einflussreichsten Firmen der Papierfabrikation zur Beschäftigung von Maschinenarbeiterinnen übergegangen sind. Sein Gewissen hat der Genossenschaftsvorstand dadurch zu erleichtern gesucht, daß er die Beschäftigung von Arbeiterinnen an Maschinen von der Zustimmung der Sektionsvorstände abhängig macht. Selbstverständlich werden die Herren in den Sektionsvorständen, die ja in den meisten Fällen an der Sache persönlich stark interessiert sind, nur selten eine abschlägige Antwort erteilen.

Wie vorauszu sehen war und von uns wiederholt betont wurde, konnten die Schäden dieses Arbeitssystems nicht ausbleiben. Allenfalls tragen die Maschinenarbeiterinnen leichtere und schwerere Verletzungen davon. Selbst Todesfälle sind nicht ausbleiben. Am 26. August dieses Jahres explodierte bei der Firma Gitting u. Co. in Hamburg der Zylinder einer Trepp-Papiermaschine. Ein Arbeiter wurde dabei sofort getötet und fünf Arbeiterinnen erlitten schwere Verletzungen und Brandwunden. Von den fünf Arbeiterinnen ist eine die Arbeiterin Minna Götter, kurz nach ihrer Entlohnung in das Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Jetzt wird schon wieder der tödliche Unfall einer Arbeiterin an einer Papiermaschine bekannt. Am 2. Oktober d. J. wurde die zwanzigjährige Arbeiterin Gertrud Selbmann in der Papierfabrik Eintracht bei Chemnitz, die als Pressenführerin und zur Aufsichtung des Stiebes an der Papiermaschine tätig war, von den Riemern des Antriebsorgans erfaßt und in das Getriebe gezogen. Der Papiermaschinenführer bemerkte den Unfall erst, als die Maschine zu stehen ankam und die Papierbahn riß. Beim Nachsehen fand man die Pressenführerin im Antriebsgerätem hängend vor. Die Arbeiterin war vollkommen vom Leibe gerissen und hatten sich zu einem Knäuel aus Hals und Kopf zusammengeklümpert. Nachdem die Selbmann aus dieser Lage befreit worden war, wurde festgestellt, daß sie außer Hals- und Armbildern eine Perforation der hinteren Schädeldecke davongetragen hatte, die auch ihren sofortigen Tod herbeiführte haben dürfte. Die Selbmann war die erste Stiebesarbeiterin, der durch diesen Unfall der tödliche Todesstoß in ihrer Familie seit Ausbruch des Krieges beibrachte wurde.

Unvollständig drängt sich einem die Frage auf: Wer trifft die Schuld an diesem schrecklichen Unfall? Die Schuldfrage an dem Unfall war nicht zu beantworten, wird wahrscheinlich der Bericht der Papiermacher-Vereinskommission für das Jahr 1916 melden. Und doch ist es nicht allzu schwer, die Ursache solcher Unfälle zu ermitteln. Als Mitschuldiger muß jedenfalls betrachtet werden, der die Arbeiterinnen an gefährlichen Maschinen beschäftigt, obwohl die Gefahren zur Genüge bekannt sind, die den Maschinenarbeiterinnen drohen. Die Firma kann von der individuellen Schuld an diesem Unfall um so weniger freigesprochen werden, als nach Mitteilungen aus der Arbeiterenschaft des Betriebes dieses bereits der vierte Unfall ist, der sich seit Kriegsausbruch an der Maschine ereignete. Die Verantwortung wird für die Firma dadurch nicht leichter, daß sie Arbeiter und Arbeiterinnen an gefährliche Maschinen stellt, die von der Papierfabrikation keine bloßen Schimmer haben und deshalb die Gefahren auch gar nicht erkennen, denen sie ausgesetzt sind. Auch die verunglückte Selbmann war erst 8 oder 7 Wochen bei der Firma tätig, früher aber als Textilarbeiterin beschäftigt.

Die moralische Verantwortung für diese Unfälle trifft aber auch jene Institutionen mit, die dazu berufen sind, das Leben und die Gesundheit der Arbeiterenschaft zu schützen. Wir meinen damit besonders die Papiermacher-Berufsvereine, die die Einwirkung zur Beschäftigung von Maschinenarbeiterinnen erteilt hat. Die in der Berufsvereinskommission tätigen Herren sind zum größten Teil Fachleute, die die Gefahren in der Papiermacherei vollkommen kennen. Das beweist auch ihre frühere Warnung in dieser Sache, daß bewußt weiter ihr Geschäftsbericht für das Jahr 1915, in dem es heißt, daß die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte an Papier- und Wappensmaschinen zwar in den Unfallverhütungs-vorarbeiten nicht ausdrücklich verboten, aber angefochten sei aus der erwachsenen großen Unfallgefahr unter gewöhnlichen Verhältnissen zweifellos unstatthaft ist...

Im Interesse der Maschinenarbeiterinnen müssen wir erneut die Forderung erheben, daß deren Beschäftigung an den gefährlichen und schmerzhaften Papier- und Wappensmaschinen untersagt wird. Wir müssen erneut fordern, daß Leben und Gesundheit der Maschinenarbeiterinnen höher stehen muß als das Gewinninteresse gewisser Unternehmer. Wenn die Papiermacher-Berufsvereine sich zu einem direkten Verbot der Frauarbeit an den Papier- und Wappensmaschinen nicht aufraffen kann, dann muß den Papierfabrikanten eben durch die Fabrik- und Gewerkeinspektionen klar gemacht werden, daß dem militärischen Schicksal der Männer nicht ein industrielles Schicksal der Arbeiterinnen und der Arbeiterjugend folgen darf.

Ein Sieg der Schweizer Papierarbeiter in Landquart.

In Nr. 28 des „Proletariats“ teilten wir mit, daß die Direktion der Papierfabrik Landquart in der Schweiz die Forderungen ihrer organisierten Arbeiter auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne höflich ablehnte, so daß unsere Schweizer Berufskollegen sich veranlaßt sahen, zur Erreichung ihrer Forderungen die Arbeit niederzulegen. Ueber das Ergebnis dieser Bewegung schreibt der „Papierarbeiter“, das Organ unserer Schweizer Bruderorganisation, u. a. folgendes:

„Streikbewegungen können wir, wenn auch nicht einen vollen, so doch einen ansehnlichen Erfolg verzeichnen. Wenn man die schon in der letzten Nummer kurz skizzierten Verhältnisse, wie sie in Landquart herrschten, in Betracht zieht, so kann man von einem schönen Resultat sprechen.“

Die Arbeitszeit der Tagelöhner wurde auf 10 Stunden verkürzt, Sommers 8 1/2, vorher 10 1/2, und 11 Stunden, unter Umrechnung des früheren Verdienstes, d. h. die Stundenlöhne werden entsprechend der verkürzten Arbeitszeit erhöht. Die Schichtarbeiter haben nun auch die elfstündige Arbeitszeit, während der Mittagszeit wird abgelöst.

Auf die ungenutzten Löhne tritt eine Erhöhung von durchschnittlich 5 Centimes pro Stunde ein. Maßregelnungen dürfen keine vorgenommen werden. Alle im Ausstand stehenden müssen wieder eingestellt werden. Die von der Fabrikleitung bisher gezahlte Kinderzulage und Entschädigungen an die im Militärdienst sich Befindlichen werden auch weiterhin ausbezahlt. Die Arbeitsbedingungen sind entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne ebenfalls zu erhöhen. Gegenüber den früheren Löhnen beträgt die Erhöhung 13 Prozent, ohne Berücksichtigung der durch die Verkürzung der Arbeitszeit eingetretenen Erhöhung der Stundenlöhne.“

Die Rütgerswerke — Weitere Konzentration in der chemischen Industrie — Werkmeister als Freunde der Gelben.

Die Rütgerswerke, Aktiengesellschaft, Berlin, bilden eine der größten Unternehmungen der chemischen Industrie. Ihr Spezialgebiet ist die Imprägnierung (Tränkung mit halbar machenden Stoffen) von Holz, namentlich Eisenbahnschienen und Telephonstangen. Die Gesellschaft hat Holzimprägnierungsanstalten in Danzig, Götting, Großschönau, Hanau, Kolberg, Liebenwalde, Küstrin, Finthenberg, Wendsburg, Opatowitz, Schönbach, Svinimühle, Bronke und Warnemünde. Außerdem besitzt sie Leerpapierfabriken in Neuzell, Götting, Niederbau, Moßborn, Schwelmschloß und Sosnitz.

Zu den Leerpapierfabriken wird ein großer Teil des Rohmaterials für die Imprägnierungsanstalten erzeugt. Im Besitz der Gesellschaft befindet sich noch die chemische Fabrik Wandsbeck, die Leerpapierprodukte und Zwischenprodukte für die Farbenerzeugung herstellt. Durch Aktienkauf hat sich die Gesellschaft die sog. Mannheimer, eine Aktiengesellschaft, die hauptsächlich Kohlen für elektrische Beleuchtungskörper herstellt, angeeignet; ferner ist sie an den Schiffsbau-Wappensfabriken G. m. b. H. in Breslau, an den Imprägnierwerken W. Rütgers-Wandsbeck und an der Holzleimfabrik mit erheblichem Kapital beteiligt. Außerdem besitzt die Gesellschaft in Potsdam vier Imprägnierungsanstalten. Der Einfluß der Gesellschaft reicht also sehr weit und die Zahl der Betriebe, die sie besitzt oder beeinflusst, ist sehr groß. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 22 1/2 Millionen Mark. Die Gewinne waren seit Bestehen der Gesellschaft immer recht ansehnlich. Die niedrigste Dividende war bisher sechs Prozent; in den letzten fünf Jahren wurden zweimal 12, zweimal 12 1/2 und einmal 10 Prozent Dividende verteilt.

Die Gesellschaft will nunmehr ihre Unternehmungen noch weiter ausdehnen. Sie hat, teils allein, teils zusammen mit anderen Gesellschaften und Interessenten, eine ganze Reihe von neuen Unternehmungen im Gange. Eine sogenannte künstliche Braunkohlen-Gas- und Krei-G. m. b. H. mit 6 Millionen Mark Kapital ist bereits im Ausbau. Sie stellt sich zur Aufgabe, Braunkohle im Generatorenwege auf Gas, Teeröl und bituminöse Produkte zu verarbeiten und mit dem Generatorgas eine große elektrische Kraftzentrale zu betreiben. Die Rütgers-Werke A.-G. ist ferner im Begriff, die ihr fast ganz gehörigen Planimark-W.-G. (Kapital 2 Millionen Mark) bei sehr erheblichen weiteren Einlagen in Kroschitz ganz besonders auszubauen. Endlich bearbeiten die Rütgers-Werke ein Verfahren, aus bituminösem Schiefer die Deckherauszugelien.

Zur Beschaffung des erforderlichen Geldmittels für die neuen Unternehmungen wird das Aktienkapital der Rütgers-Werke von 22 1/2 auf 30 Millionen Mark erhöht. Von den 7 1/2 Millionen neuer Aktien sollen jedoch nur 4 1/2 Millionen jetzt ausgegeben werden, der Rest nicht vor 1918. Die 4 1/2 Millionen, die jetzt zur Ausgabe kommen, werden den alten Aktionären zum Kurse von 155 angeboten. Der Rest soll ein Bankkonkurs erhalten.

Der Konzentrationsprozeß in der chemischen Industrie vollzieht sich tatsächlich mit Riesenschritten. Fast täglich hört man von neuen Zusammenfassungen, Kapitalverlegungen, Betriebsfusionen usw. Die Macht des Kapitals wird mit jeder Zusammenfassung größer, die der Arbeiter dagegen sinkt. Es ist wirklich dringend nötig, daß die Arbeiterenschaft sich mehr und mehr entschließt, als bisher, um die gewerkschaftliche Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter, stark, damit ihr nicht jeder Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen genommen wird.

Bei dieser Gelegenheit sei registriert, daß aus zwei Betrieben der Rütgers-Werke kürzlich eine, sagen wir einmal eigenartige Rundschau an die Öffentlichkeit gekommen ist. Die Werkmeister der Fabrik Götting und der Holzleimfabrik G. m. b. H., ebenfalls in Götting, haben nämlich dem „D und W“ eine Erklärung zugesandt, in der es heißt:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Deutschen Werkmeisterverbandes haben von der den 23. August 1916 in Köln abgegebenen Erklärung einer Anzahl „roter Verbände“ Kenntnis genommen, nämlich,

„daß dieselben die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen.“

Die Unterzeichneten sind höchst erstaunt, daß auch eine „Vertretung des Werkmeisterverbandes“ mit dieser Erklärung einverstanden gewesen sein soll, die durchaus nicht der Denkart und den Bestrebungen des Verbandes entspricht und wahrscheinlich nicht im Einverständnis mit der Leitung des Zentralverbandes in Düsseldorf abgegeben worden ist.

Unter keinen Umständen würden die Unterzeichneten eine derartige Unterbrechung und Misachtung der freibleibigen und mit ihrer selbstgeschaffenen Lage sehr zufrieden Arbeiterverbände billigen. Nicht nach Trennung streben wir, sondern nach Vereinigung, nicht nach der Herrschaft einiger Verbände, sondern nach der Gleichberechtigung aller.“

Die Werkmeister der Rütgerswerke, Aktiengesellschaft
 Fabrik Götting: gez. Jehu. Teuter, Hermann Pilsch.
 Die Werkmeister der Holzleimfabrik G. m. b. H., gez. Carl Müller.

Die Werkmeister der Rütgerswerke scheinen demnach warme Freunde der Gelben zu sein. Das nimmt uns nicht wunder. Die Vorliebe für die „aufstrebenden“ Arbeiterverbände geht in dem Bereiche in Götting sehr hoch hinauf. Da können die Werkmeister natürlich nicht absteigen lassen. An der Stellung der Gewerkschaften zu den Gelben kann ihr Protest nichts ändern. Uebrigens war der Protest der Werkmeister der Rütgerswerke schon deshalb überflüssig, weil der Zentralverband des Werkmeisterverbandes inzwischen gleichfalls Einspruch erhoben hat gegen die Vereinnahmung seines Vertreters an der Erklärung gegen die Gelben. Die Werkmeister scheinen demnach Angst vor ihrer eigenen Courage zu haben.

Von der Zuckerindustrie.

Von einem Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Wenn nicht alle Angelegenheiten, die vorläufig auf eine Steigerung der Zuckerverzeugung laun zu rechnen, man muß sogar bedauern, daß die Kriegswirtschaft eher noch zu einer weiteren Einschränkung in der Zuckerverwertung führt. Das ist insofern von alledem Interesse, als mit dieser Entwicklung eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft verbunden ist. Bei dem Mangel an Fett, Fleisch und anderen höchstwertigen Nahrungsmitteln hat Zucker die Bedeutung eines Ersatzstoffes für das Fehlende erlangt, die nicht leicht zu hoch eingeschlagen werden kann. Und es läge im Interesse einer vernünftigen und sorgenden Ernährungspolitik, die Erzeugung und den Verbrauch an Zucker zu fördern. Dies um so mehr, als, unter dem Gesichtswinkel des Kostenpunktes betrachtet, der Zucker noch an Wert und Bedeutung gewinnt, denn nicht nur Nährwert und Preis gegeneinander ab, dann steht heute der Zucker sowohl dem Fleisch als auch manchen Fetten weit voraus.

Trotz der letzten Preissteigerung ist Zucker in Vergleich mit den neuesten Erzeugnissen der Viehwirtschaft verhältnismäßig noch billig. Die Ernährungspolitik müßte darauf eingestellt sein, den Verbrauchern solche Lebensmittel, die wir fast unbegrenzt und billig hervorbringen können, außer Brot und Kartoffeln in reichlicher Menge auszuführen. Unsere Kriegswirtschaft hat jedoch Wege eingeschlagen, die zum Teil an solchen Ziele vorbeiführen; anstatt einen gesteigerten Verbrauch an Zucker zu ermöglichen, läßt sie dessen Genuß ein. In erheblichem Umfange sind wir auf den Verbrauch von Süßholzwurzel angewiesen, der zwar keinen Nährwert besitzt, aber gerade so teuer bezahlt werden muß wie Zucker. Vieles davon bekommt man aus Sagarin ohne es zu wissen. Bei der Bierbereitung, der Herstellung von Limonaden, Fruchtjahren und Fruchtkonerven wird Sagarin verwendet, ohne daß die Fabrikanten verpflichtet wären, den Verbrauchern die Art der Süßung bekanntzugeben. Mancher kauft ein gesüßtes Nahrungsmittel, glaubt dabei, er habe Zucker erworben und genießt Sagarin. Außerdem wird nun auch bei der Bereitung von Marmeladen, Konfitüren usw. in umfangreichem Maße Sagarin verwendet, und der Genuß des Zuckers soll noch mehr durch wertlosen, künstlichen Süßstoff verdrängt werden.

Aus welchem Grunde wurde solche Entwertung notwendig? War sie unabweislich? Die Beantwortung der ersten Frage wird zeigen, daß die Verbannung des Zuckers aus dem Haushalt nicht notwendig war, daß sich vielmehr eine Steigerung des Verbrauchs sehr leicht ermöglichen ließ.

Die herrschende Judenrot steht in ursächlichem Zusammenhang mit dem Grundübel unserer Kriegswirtschaft: mit den hohen Preisen für Futtermittel und Vieh! Weil gleich zu Beginn des Krieges die Preise für Futtermittel in ganz ungerechtfertigter Weise gesteigert wurden, sprangen naturgemäß auch die Preise für Schlachtvieh hinauf. Die Erzeugung von Fleisch und sonstigen Erzeugnissen der Viehwirtschaft wurde besonders leidend. Man steigerte die Mast, obwohl es an Futtermitteln mangelte. Die bösen Folgen blieben nicht aus! Erzeugnisse, die der menschlichen Ernährung dienen sollten — Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben — wandelten in die Viehfütze. Infolgedessen bedrohte uns die Gefahr unzureichender Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Da verfiel man auf den fast unbegreiflichen Gedanken, den Anbau von Zuckerrüben einzuschränken, um größere Anbauflächen für Getreide und Kartoffeln zu gewinnen, anstatt die Viehmast auf ein mit der Futtererzeugung in Einklang befindliches Maß zu beschränken. Gleichzeitig wurde der Preis für Kartoffeln auf den unglaublich hohen Satz von 10 Mk. für den Zentner erhöht.

Damit war man auf den unheilvollen Weg gedrängt, an sich billig zu gewinnende Nahrungsmittel zu verteuern und sie dann zum Teil in Fleisch zu verwandeln, das dabei so verteuert wurde, daß der größte Teil der Bevölkerung nicht in der Lage ist, den zugewiesenen Kopfanteil zu kaufen. Insofern ist die Steigerung der Fleischpreise noch eine besonders bevorzugte der bestehenden Schichten. Für die der Preis eines Lebensmittel wenig oder gar nicht ins Gewicht fällt. Der ärmeren Bevölkerung entzog man billige Nahrungsmittel, die dann als Fleisch, Fett usw., zum großen Teil als marktfähige Ware, vornehmlich den wohlhabenderen Schichten zugute kam.

Wäre anstatt der Förderung der Viehmast zum Vorteil der Nahrungs-fähigen die Erzeugung von Zucker gefördert worden, dann hätte man der Bevölkerung in reichlicherem Maße ein das teure Fleisch wenigstens notwendig erhaltendes Nahrungsmittel bieten können. Aber die Anbaufläche wurde um ein Drittel verkleinert. Dazu hatte die Höhe infolge der rasch gestiegenen Preise für Vieh, Fleisch und Butter einen hohen Futterwert erlangt; man warf sie den Schweinen vor, in zu großen Mengen, daß die Zünderzeugung darunter litt. Das wichtige Nahrungsmittel fehlte; im Zuckerrüben-Deutschland begann eine Judenrot. Nun sollte wieder gebessert werden. Man griff die „beschränkte“ Methode: um zu größeren Anbau der im Jahre 1915 planmäßig geringer angelegten Zuckerrüben anzuknüpfen, wurde der Flächenmaß für Zünder um 3 Mk. pro Zentner erhöht. Das war ansehnlich noch nicht verstanden genug, denn die Anbaufläche in diesem Jahre war nur um ein Prozent größer als im vorigen Jahre. Damit konnte die Judenrot nicht gebannt werden, um so weniger, als infolge des Mangels an Futter-Marmeladen in erheblicher gesteigerter Maße Butter, Schmalz und Speck erzeugt wurden, die Marktlage aber der Süßung bedarf, um den Zünder genossener zu sein.

Trotz der erhöhten Rübenpreise lodten die ungleich höheren Preise für Vieh immer noch zu einem Fortwärtren der Rüben. Als ein Verfüllungs-verbot in Aussicht stand, machte eine Landwirtschaftskammer daraus auf-merkfam, daß die Landwirte das Verbot durch „härteres Räufen der Rüben“ umzuwandeln machen könnten. Raum war das Verbot einzuführen, forderte man aus agrarischen Kreisen seine Aufhebung, um Rüben ver-füttern zu können, und betonte, daß die Judenrot bereits be-standliche Folgen zeigte. Ein anderer Umstand verschärfte den Druck gegen das Verfüllungsverbot. Weil die Viehmast die besten Gewinne erzielt, wenn man, anstatt mit teurem Futtergetreide zu mästen, Kartoffeln in den Viehstrog gibt, wurden die Kartoffelbestände wieder angefüllt. Um schweres Unheil zu vermeiden, kam ein Kartoffelverfüllungsverbot heraus. Darum sollen nun wieder, trotz der Judenrot, Rüben für die Viehfütterung zugelassen werden. Gleichzeitig verlangen die Landwirte aber auch schon wieder eine Erhöhung des Preises für Rüben und Zucker. Die

„Deutsche Tageszeitung“, die immerfort den gleichen Faden spinnt, läßt sich von einem Herrn v. Camppe schreiben (Nr. 521):

„Der Rübenpreis steht lange nicht mehr im Einklang mit den andern landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den Unkosten, die weiter erheblich gestiegen sind seit der letzten Preissteigerung. Ueber eine Erhöhung des Zuckerspreises tämten die Verbanner kein Wort des Unwillens äußern, da es sich um die Produktionsmöglichkeit unentbehrlicher Nährstoffe für Mensch und Vieh handelt, und der einzelne bei einer Erhöhung des Zuckerspreises nur alle 14 Tage vielleicht einige Pfennige für ein halbes Pfund Zucker mehr zu zahlen haben würde, was sich für den Unbemittelten keineswegs in die Waagschale fallen kann, besonders wenn man an die hochgestiegenen Preise der andern Lebensmittel denkt und sich berechnet, daß immer noch der Zucker gegenüber allen andern Nahrungsmitteln den weitaus billigsten Nährstoff darstellt.“

Unbeliebbar ist Zucker ein guter Nährstoff, und man kann sagen: unter den jetzigen Verhältnissen einer der wichtigsten Nährstoffe! Aber es wäre schändlich, ihn noch mehr zu verteuern. Zudem würde die weitere Verteuerung in dem aufgebundenen Preiskauf wenig nützen. Es ist ein Unheil, Brotgetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben durch die Schwämme zu fagen, die dabei so teuer werden, daß die ärmere Bevölkerung das Fleisch nicht kaufen kann.

Man sehe die Preise für Futtermittel und Vieh herab, schätze die für die menschliche Ernährung unmittelbar geeigneten Lebensmittel vor dem Verfallern, kann dann der Bevölkerung wenigstens Brot, Kartoffeln und Zucker in ausreichendem Maße gesteuert werden. Das ist rationeller und im Interesse der Volksernährung vorteilhafter als die Produktion teurer Fleisch, von dessen Verbrauch große Preise der Arbeiterchaft ausgeschlossen bleiben.

Lohnbewegungen in der Fischkonserven-Industrie.

Im Jahre 1913 kam in Dänemark zwischen den Fabrikanten einerseits und den Räucherern, Hilfsarbeitern und Ausführenden andererseits eine Vereinbarung über Dauer der Arbeitszeit, Höhe der Löhne und Entschädigung für Ueberzeitarbeit auf. Grundlage zustande, die der bisher in den Fischbetrieben üblichen, 10er entlohn Arbeitszeit von 80 bis 100 Stunden in der Woche bestimmte Grenzen setzte.

Nach dieser Vereinbarung wurde die tägliche Arbeitszeit im Sommerhalbjahr auf 8 1/2 Stunden, für das Winterhalbjahr auf 11 Stunden mit den üblichen Pausen festgelegt. Außerdem wurden die Räucherer verpflichtet, an Sonn- und Festtagen drei Stunden unentgeltlich zu arbeiten. Der Grundlohn für Räucherer wurde auf 34 Mk., für Hilfsarbeiter auf 27 Mk., für jugendliche Arbeiter auf 21 Mk. und für Ausführenden auf 27 Mk. pro Woche bemessen und jede Ueberstunde außerhalb der regulären Arbeitszeit für Räucherer mit 55 Pf., für Hilfsarbeiter mit 45 Pf., für jugendliche Arbeiter mit 30 Pf. und für Ausführenden mit 50 Pf. pro Stunde extra bezahlt.

Wenn man in Betracht zieht, daß früher zu einem Teil noch bei weitem niedrigere Löhne und kein roter Heller für Ueberstunden bezahlt wurden, einerlei, ob sich die Arbeitszeit auf 80 oder 90 Stunden in der Woche ausdehnte, so konnte die Arbeiterchaft mit dem erlangenen Erfolg durchaus zufrieden sein. Aber die Anfänge der Organisation waren noch in einer Reihe von Betrieben zu schwach, auch ließ das Organisationsverhältnis im allgemeinen noch vieles zu wünschen übrig.

Dieses Uebelstand machte sich die große Mehrzahl der Fabrikanten zurufe und schaltete die Bestimmungen der getroffenen mündlichen Vereinbarung völlig aus, ohne dabei den Seiten der Arbeiter auf den gegebenen Widerstand zu hören.

Einen ähnlichen Verlauf nahm auch später, als sich die Zeurung immer drücker gestaltete, eine Bewegung auf Zeurungszulage. Nur in den Betrieben, in denen ein gutes Organisationsverhältnis bestand, konnte nicht nur die Vereinbarung in vollem Umfange aufrecht erhalten werden, sondern es wurde auch den Arbeitern eine Zeurungszulage, wenn auch in bescheidenen Grenzen, gewährt. Und aus diesen Tatsachen heraus mußte bald selbst der rüstfähigste Arbeiter die Lehre ziehen, daß gegenüber der ständig abnehmenden Haltung der Mehrzahl der Fabrikanten nur ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter am Platze sein konnte.

Bereits Anfang August dieses Jahres wurde die Verbandsleitung in einer stark belagerten Versammlung beauftragt, auf der Grundlage der im Jahre 1913 getroffenen Vereinbarungen mit den Fabrikanten weitere Unterhandlungen auf schriftlichem bzw. mündlichem Wege zu pflegen. Nach einer Reihe oft recht schwieriger Verhandlungen konnte mit 16 von den 25 in Betracht kommenden Firmen folgender Vertrag abgeschlossen werden:

Gärnerode, den 1. September 1916.

Vertrag.

Zwischen der unterzeichneten Firma und den bei derselben beschäftigten Räucherern und Hilfsarbeitern ist heute folgender Vertrag abgeschlossen worden.

1. Arbeitszeit.
 Die tägliche Arbeitszeit beginnt mit Ausnahme der Montage morgens 6 Uhr und endet ebenfalls 6 Uhr, mit einer halbstündigen Frühstückspause, einer 1/4stündigen Mittags- und einer viertelstündigen Vesperpause.

An den Montagen beginnt die Arbeitszeit für das ganze Jahr morgens 7 Uhr. Die Mittagspause für die Räucherer richtet sich nach der jeweiligen Fertigstellung des Rauches; außerdem sind die Räucherer verpflichtet, an den Sonntagen zwei Stunden ohne Entgelt zu arbeiten, und zwar von 7 bis 9 Uhr morgens.

Arbeiten außerhalb der leistungsgewöhnlichen Zeit werden als Ueberstunden bezahlt.

2. Löhne und Monatslöhne.
 Der Grundlohn beträgt vom 1. September 1916 an (folgen Namen der Räucherer und Hilfsarbeiter und Höhe der Wochenlöhne).

Für die Frauen haben nachstehende Monatslöhne vom 1. September dieses Jahres an Gültigkeit (folgen die einzelnen Monatslöhne).

3. Ueberzeitarbeit.
 Ueberstunden an den Werktagen vor bzw. nach Beendigung der regulären Arbeitszeit werden mit einem Aufschlag von 33 1/2 Prozent, solche an Sonn- und Festtagen mit einem Aufschlag von 50 Prozent pro Stunde auf die zur Zeit geltenden Löhne vergütet.

4. Wohnungszulage.
 Die Wohnungszulage erfolgt allwöchentlich, und zwar an jedem Freitag vor Beendigung der Arbeitszeit.

(Folgt Unterschrift der Firmeneinhaber und der Räucherer und Arbeiter.)

In diesem Vertrag bietet die Position 5 außer der Erhöhung der obengenannten Grundlöhne, die sich für Räucherer auf 4 bis 6 Mk., für Hilfsarbeiter und jugendliche Arbeiter auf 3 bis 4 Mk. pro Woche bezieht, den Arbeitern ganz erhebliche Vorteile. Ohne allen Zweifel werden die Fabrikanten bestrebt sein, die Ueberstunden, die jetzt extra bezahlt werden müssen, auf ein Minimum zu beschränken, und das soll je auch vom Standpunkte der Arbeiter aus der eigentliche Zweck der Uebung sein, aber wie uns die Praxis lehrt, bilden auch heute noch 10 bis 20 Ueberstunden in der Woche die Regel.

Aber auch die Monatslöhne der Frauen haben in einigen Betrieben eine wesentliche Aufbesserung erfahren, die den Arbeiterinnen ebenfalls einen Mehrwert von 4 bis 5 Mk. pro Woche sichern.

In der überwiegend großen Mehrzahl der Betriebe herrscht jedoch die Regelung der Monatslöhne der Arbeiterinnen nach der Lösung. Auch können in weiteren neun, meistens kleineren Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bis jetzt noch nicht als geregelt betrachtet werden, weil in diesen Betrieben die Mehrzahl der Arbeiterinnen und Arbeiter noch abseits der Organisation steht.

Durch fleißige Aufführung von Mund zu Mund wird es auch hier recht bald gelingen, den Indifferenten den Weg zu ihrer Berufsorganisation zu ebnen, sie von dem Vorteil derselben zu überzeugen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Werftarbeiter um ihre Zeurungszulagen.

Die untrügliche Verteuerung des Lebensunterhalts, die in der Kriegszeit eingetreten ist, hat auch die auf den Werften beschäftigten Arbeiter wiederholt veranlaßt, an die Unternehmer mit Forderungen auf Erhöhung des Lohnes durch entsprechende Zeurungszulagen heranzutreten. Die Werftarbeiter verhielten sich jedoch von Anfang an sehr zurückhaltend gegenüber den Forderungen der Arbeiter. So diese als Gewerkschaftswort und Kommissionen zu den Verhandlungen entsandten, wurden sie abgewiesen. Dies ist teilweise sogar in einer für die Arbeiter recht ver-

legenden Form geschoben, die gar nicht burgfriedlich ausfiel. Obwohl es angedrängt erscheinen könnte, so wollen wir hier doch nicht auf diese Einzelheiten eingehen. Erst gegen Ende des Jahres 1915 haben sich die Werksbesitzer zum ersten Male bereit gefunden, eine Teuerungszulage, in der Form einer Weihnachtsgabe, zu gewähren. Sie betrug, je nach der Stärke der Familie der Arbeiter, 16 bis 60 Mk. und war an eine bestimmte Beschäftigungsdauer gebunden. Bei einzelnen Werken waren die Beträge noch etwas niedriger bemessen. Die Arbeiter, die natürlich eine fortlaufende Aufbesserung in ihrem Verdienst erwarteten, waren über diese verhältnismäßig geringe Zuwendung sehr enttäuscht. Sie stellten von neuem ihre Anforderungen, und zwar teils direkt, zum Teil auch durch ihre Organisationen. Die Wirkung der Arbeiterorganisationen bei solchen Fällen ist unter dem Kriegszustand eine wesentlich andere als unter normalen Verhältnissen. Daß sie heute die Mittel nicht anwenden können, die ihnen sonst zur Verfügung stehen, ist selbstverständlich auch den Unternehmern bekannt.

Im Frühjahr dieses Jahres sind die Werksbesitzer endlich dazu bewogen worden, die erste dauernde Teuerungszulage den Arbeitern zu gewähren, und zwar in der Höhe von 2, 3 und 4 Mk., teilweise auch bis zu 6 Mk. monatlich, und für Kinder unter 14 Jahren 2 Mk., die allerdings bei menschenwürdigen Verhältnissen bis auf ein Drittel gekürzt werden konnte. Auch diese Zulage war nach den gewaltig gestiegenen Preisverhältnissen völlig unzulänglich. Die Arbeiter stellten wieder Forderungen, und zwar meistens die Arbeiter der einzelnen Werke durch ihre örtlichen Organisationsleitungen.

Neben denen andere Orte richteten auch die Hamburger Werksbesitzer durch den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Namen der beteiligten örtlichen Organisationen am 22. Juni d. J. an den „Verband der Eisenindustrie Hamburg-Altona“ das Ersuchen um folgende Zulagen:

1. eine Lohnserhöhung um 10 Pf. pro Stunde für alle Arbeiter,
 2. einen Mindestlohn für Arbeiterinnen von 40 Pf. pro Stunde,
 3. eine der Lohnserhöhung entsprechende Regelung der Abfordersätze.
- In einer in den folgenden Wochen abgehaltenen Zusammenkunft der „Gruppe Deutscher Gewerkschaften“ ist darüber beschlossen worden, den Arbeitern etwas zu bewilligen, und dieser Beschluß wurde durch Anschlag auf den Werken bekanntgegeben. Nach diesem Anschlag wurde die im April gewährte monatliche Teuerungszulage um 50 Prozent erhöht, die Einstellungslöhne um 3 und die bestehenden Löhne um 2 Pf. pro Stunde erhöht werden.

Die Hamburger Werksbesitzer nahmen zunächst in einer Versammlung der Vertrauensleute, nachher auch noch in einer Versammlung der Werksbesitzer selbst, zu den auf so eigenartige Weise mitgeteilten Zugeständnissen der Werksbesitzer Stellung. In beiden Versammlungen kam ihre Unzufriedenheit über die unzureichenden Zugeständnisse, ja das gänzliche Unverständnis ihrer für sie dringenden Wünsche, wie die Regelung der Abfordersätze, die Löhne der Arbeiterinnen, recht lebhaft zum Ausdruck. In einer angenommenen Resolution wurde auch den Werksbesitzern die Antwort der Arbeiter übermittelt. In derselben wurde ausgesprochen, daß die Arbeiter die bekanntgegebenen Zugeständnisse der Werksbesitzer als eine Art Wohlgefallen annehmen, daß sie aber auf ihre weitergehenden Wünsche nicht verzichten könnten, sie vielmehr zur gegebenen Zeit erneuern würden.

Darüber sind jetzt zwei Morate vergangen. Dann haben die Hamburger Werksbesitzer ihre Arbeitgeber wiederum um eine Aufbesserung ihres Verdienstes ersucht. In Anbetracht der im Juni bewilligten 2 Pf. zum bestehenden Lohn wurde nun die weitere Erhöhung um 8 Pf., um die erwähnte Erhöhung der Löhne für Arbeiterinnen sowie um die Regelung der Abfordersätze. Die Begriffe für eine solche Regelung wurden in der schriftlichen Eingabe in der Form zum Ausdruck gebracht, daß für Berufsarbeiter bei Akkordarbeit pro Stunde mindestens ein Verdienst von 1 Mk. erreicht wird, für angelernte Arbeiter ein solcher von 85 Pf. und für ungelernete Arbeiter 70 Pf. Nebenliche Forderungen wie diese sind auch von den Werksbesitzern der anderen Orte an die dortigen Unternehmern gerichtet worden. Zum Teil sind diese schon früher, zum Teil auch etwas später als die Hamburger Forderungen, den Unternehmern zugeföhrt.

Es sind dann wieder mehrere Wochen ins Land gegangen, bis schließlich die Werksbesitzer durch den Vertreter des Hamburger Zweigverbandes der Unternehmern ihre Entschiedenheit mitgeteilt haben, daß sie zu einer Besprechung der Wünsche der Arbeiter mit Vertretern derselben zusammenkommen wollten. Da die Forderungen der Arbeiter durch ihre Organisationsleiter den Werksbesitzern übermittelt worden waren, haben sich, was ja eigentlich selbstverständlich ist und auch schon zur Gepllogenheit geworden war, Vertreter der beteiligten Verbände, und zwar der freien sowohl wie der christlichen Gewerkschaften, auch des Gewerkschaftsvereins (Hrsg.-V.), zur Teilnahme an Verhandlungen bereit erklärt und den Werksbesitzern dies zur Kenntnis bringen lassen. Diese aber haben dann durch ihren Vertreter, Herrn Syndikus Dr. Nischke, erwidern lassen, daß es weder ihr Wunsch noch ihre Absicht sei, mit Vertretern der Verbände über die Angelegenheiten zu sprechen. Ihre Absicht sei vielmehr die, einer beschränkten Zahl von aus den Kreisen der Werksbesitzer gewählten Vertretern den unangenehmen Stand der Werksbesitzer zu erklären und ihnen zu sagen, daß sie aus diesen Gründen die Forderungen der Arbeiter ablehnen müßten. Wenn die Werksbesitzer dagegen wohl nicht protestieren, aber erwidern müßten, daß ihre Absicht nicht ist, und diese Absicht der Unternehmern hat denn auch Herr Dr. Nischke in amerikanischen Denglisch zum Ausdruck gebracht. Einzelne Grundsätze, wie sie hier beabsichtigt war, konnten die Vertreter der Verbände allerdings gern fern bleiben, und das haben sie denn auch getan.

Aber eine andere Frage lag jetzt sehr nahe, und das war die, ob denn die Arbeiter überhaupt noch zu einer solchen „Verhandlung“ Vertreter entsenden sollten. Sie, die bei den Unternehmern um Verhandlungen über ihre Forderungen nachgehend hatten, sie wurden jetzt zu dem ausgesetzten Stand eingeleitet, um ihnen einen im voraus gegangenen Beschluß „zu erklären“ daß die Werksbesitzer nicht bewilligen wollen. Es geht gewiß nicht viel weiter dazu, die Möglichkeit der Besetzung dieses Komplexes bei den Werksbesitzern voranzutreiben. Und man würde sich verstoßen sein zu glauben, die Annahmestellung wäre auch von der Gegenseite in Richtung gestellt. Jedoch wir wollen das vorläufig nicht annehmen, wir sagen vielmehr voraus, daß es wohl eine mögliche, aber unangenehme Aufgabe war, die die Unternehmern verweigern.

Von den Werksbesitzern aus den verschiedenen Werken war eine Vertreterschaft nach Hamburg geschickter worden, und diese hat sich bereits schon eine Kommission zu entsenden. Es wurden 18 Personen dazu bestimmt, und zwar so, daß alle Werksbesitzer, außer Stettin und Köpenick, die bei der Sache mehr mit emporgeraten, vertreten waren. Diese Sitzung mit den Werksbesitzern fand am Freitag, dem 20. Oktober d. J., in Hamburg statt. Der Vertreter der Werksbesitzer ist dort, wie es schon angekündigt war, erschienen, und es ist die unangenehme Lage der Werksbesitzer eine recht unangenehme für und daß die Unternehmern die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigen können. Besonders Herr Dr. J. H. Blohm, der auch die Sitzung geleitet hat, ist hier als Sprecher der Werksbesitzer aufgetreten. Bei der langem Auseinandersetzung, bei der man schließlich auch auf Einzelheiten eingegangen ist, wo unter anderem auch die Möglichkeit im Vordergrund stand, wurde auch die Möglichkeit der Abgabe der Erklärung abgelehnt, daß eine Kommission der Arbeiter die Erklärung abgeben sollte. Es ist auch noch ein weiterer Bescheid zu erwarten.

Als bestmögliche Lage an den hier Sitzung stattfand, lagte ein Nachtrag auch noch eine Kommission der Vertreter der Werksbesitzer in Hamburg. Diese hat den Bericht über die Besprechung mit den Werksbesitzern entgegengenommen und ihre Antwort darauf in folgender Fassung zum Ausdruck gebracht:

„Die am 20. Oktober 1916 in Hamburg vorgenommene Besprechung der Vertreter der Werksbesitzer bedauert, daß die Werksbesitzer auf die Forderungen der Arbeiter keine Entschiedenheit gezeigt haben.

Die Kommission ist überzeugt, daß durch die obige Erklärung der Werksbesitzer die vorhandene große Unzufriedenheit unter den Werksbesitzern nicht erheblich gelindert wird. Da das Ergebnis der heutigen Verhandlungen den Erwartungen, die die Werksbesitzer an diese gebracht haben, nicht entspricht, verpflichten sich die Vertreter der Werksbesitzer auf den einzelnen Werken, auf weitere Verhandlungen, insbesondere auf die angesehene Kommission der Arbeiter, zu drängen und über den Ausgang der Verhandlungen an die Zentral-Kommission zu berichten.

Den Werksbesitzern wird außerdem gesagt, mit den zuständigen Reichsbehörden in Verbindung zu treten.

Die Vertreter auf der Kommission werden uns insofern den Kollegen an ihren Orten berichten, daß bei der Besprechung mit den Werksbesitzern in Hamburg nichts Besondere gelungen ist. Ob man eine Kommission der Arbeiter auf den einzelnen Werken zusammensetzen wird,

das muß sich bald zeigen. Wenn die Werksbesitzer den guten Willen dazu haben, dann kann die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden; denn für die Arbeiter ist die Sache wirklich dringend. Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß auch die Werksbesitzer dies noch noch einsehen. Neben dem allgemeinen, liegt es doch auch in ihrem persönlichen Interesse, dazu beizutragen, daß ein gerechtes Arbeitsverhältnis erhalten wird. Trotz aller schönen Reden über die ungünstige Lage der Werksbesitzer wird die Arbeiter nicht davon überzeugen können, daß eine florierende Industrie, wie es die deutsche Schiffbauindustrie in dieser Zeit nun einmal ist, und nach den Geschäftsaussichten in den Geschäftsbereichen der einzelnen Werke auch in der Zukunft noch sein wird, nicht in der Lage sein soll, ihre Arbeiter nach den Zeitverhältnissen entsprechend zu bezahlen, auch wenn sie mit manchen Widerwärtigkeiten zu rechnen hat. Die deutschen Gewerkschaften legen besonderen Wert auf gute Leistungen, weil sie damit am besten ihre auswärtige Konkurrenz aus dem Felde schlagen können. Sie sind damit aber auch auf eine gut ausgebildete und leistungsfähige Arbeiterkraft angewiesen. Eine solche kann man auf die Dauer aber nur durch eine den gestellten Anforderungen entsprechende Bezahlung erhalten.

Ein Irrtum.

Die „Hilfsarbeiterzeitung“ beschäftigt sich in einem sehr lesenswerten Aufsatz mit der Frage, ob und auf welcher Grundlage ein besseres Zusammenarbeiten der Gewerkschaftsleitungen sich in Zukunft erzielen läßt. Einleitend wird in dem Aufsatz Bezug genommen auf die Pressepolitik, nach der Genosse Legien in einer Versammlung in Königsberg Mitteilungen gemacht habe über eine Unterredung mit dem Reichsstaatskanzler. In dieser Unterredung habe der Kanzler gemeint, ob es nicht möglich sei, eine einheitliche Arbeiterorganisation zu schaffen. Das habe er, Legien, verneint. Die Gewerkschaften seien unter dem Einfluß politischer Parteien entstanden, und dieser lebendige politische Einfluß müsse erhalten bleiben. Ein Kartellverhältnis, das der Reichsstaatskanzler angeregt habe, könne möglich sein, doch damit wäre es vorüber, wenn die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß des Zentrums für Rölle und indirekte Steuern eintreten würden. Durch den sozialistischen Geist seien untre Organisationen über die Gewerkschaften anderer Länder weit hinausgewachsen. — Die „Hilfsarbeiterzeitung“ hat den Inhalt dieser Notiz wieder und kritisiert daran die Bemerkung:

„In der Presse ist dieser Gedanke nach den verschiedensten Richtungen kommentiert worden; merkwürdigerweise hat niemand daran gedacht, nachzuprüfen, ob Legiens Worte richtig wiedergegeben wurden. Legien selbst hat sich unrespektvoll nicht darüber geäußert, ob der Staatskanzler über seine Rede im ganzen oder vornehmlich in dem hier in Betracht kommenden Teil richtig war, und das „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ hat bisher weder von der Legienschen Rede, die am 20. Juni gehalten wurde, noch von den an sie geknüpften Kommentaren Notiz genommen.“

Es erscheint uns aus ganz bestimmten Gründen nicht uninteressant, hier festzustellen, daß die fragliche Stelle aus dem Vernehmlichungsbericht im „Proletarier“ nicht gläubig hingenommen wurde. Vielmehr haben wir im Anschluß an die Wiedergabe geschrieben:

„Wir vermuten, daß die Mitteilungen des Genossen Legien durch die zusammenfassende Wiedergabe in der Presse nicht so klar wiedergegeben sind, wie sie gemacht wurden. Insbesondere erscheint uns die Angabe, Legien habe ein Kartellverhältnis mit den christlichen Gewerkschaften dann schon für ausgeschlossen, wenn diese für Rölle und indirekte Steuern eintreten, sehr mißverständlich. Wir glauben nicht, daß Legien sich so geäußert hat, verzichten deshalb auch darauf, auf dem Satz irgendwelche Ausstellungen zu machen. Es wäre aber unser Erachtens gut, wenn Mitteilungen solcher Art nicht in der verfallenen und mißverständlichen Form von Vernehmlichungsberichten vor die Öffentlichkeit getragen würden. Sie können doch nur mehr verwirren als klären.“

Eine Nachprüfung der Äußerungen des Genossen Legien liegt in diesen Seiten allerdings nicht. Die hätte nur gelassen können durch eine direkte Anfrage. Dazu lag jedoch schon deshalb wenig Veranlassung vor, weil die Notiz schon vorher in der Tagespresse erschienen und dort ohne Widerspruch geblieben war. Darum war zu folgern, daß entweder die Notiz dem Sinne nach richtig war, oder daß Genosse Legien auf eine Nichtigstellung keinen Wert legte. Daß wir die letztere Folgerung ziehen oder zogen, wurde oben schon angedeutet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Schönig. Wie der Burgfrieden von manchem Arbeitgeber aufgefaßt wird, zeigt ein Vorgang in der Blumenfabrik von David Bentner, Schönig in Sachsen. Die Preise der Lebensmittel haben in dieser Stadt eine unerwünschte Höhe erlangt. Die Arbeitslöhne sind jedoch auf dem alten Stand geblieben, wenn nicht noch geringer als in normalen Zeiten. Vieles hat hierzu auch noch Arbeitslosigkeit herbeigeführt durch Beschlagsnahme von Rohstoffen usw. Um nun einen kleinen Ausgleich zwischen Verdienst und Verbrauch herbeizuführen, ersuchten die Arbeiter der Firma Bentner, Blumenfabrik, in einem Schreiben um eine Teuerungszulage von 10 Prozent. Dieses Gesuch war von sämtlichen Arbeitern unterschrieben. Herr Bentner reagierte sich hierüber demartig auf, daß er den jugendlichen Arbeiter A., der als „Aufseher“ des Schreibens ermittelt wurde, nach Zahlung eines 14tägigen Lohnes sofort entließ. Einem anderen Arbeiter, der auf Gesuch des Herrn Bentner vom Militärsdienst beurlaubt ist, wurde mit sofortiger Meldung an die Heeresverwaltung gedroht. Dem Militärpflichtigen, der schon ein halbes Jahr lang bei der Firma in Stellung ist, wurde die Entlassung angedroht, falls er noch einmal wegen der, demartige Forderungen zu unterbreiten. Der „Aufseher“ noch als Herr Bentner reagierte sich dessen Frau an. Seine Frau, das Gesuch, ließ damit in die Arbeitsräume und erklärte unter Tränen der Einsicht, es wäre eine Unverschämtheit der Arbeiter, in der jetzigen Zeit eine Zulage zu verlangen. Sie müßten doch froh sein, daß sie noch voll arbeiten könnten, da die Firma doch keine Aufträge habe und nur Lagerarbeiten machen könne. Sie übrigen zahlten sie doch die besten Löhne (?). Und dann wäre es überhört noch nicht vorgekommen, daß sie die Arbeiter so etwas erlaubt hätten, und noch anderes mehr. Da die Arbeiter der Firma B. vorwiegend unorganisiert sind, brauchte man sich über eine solche Behandlung nicht zu wundern. Einer organisierten Arbeiterkraft hätte Herr Bentner anders kommen müssen. Darum, Blumen- und Wärrerarbeiten und arbeitenden, schließlich auch alle dem Fabrikarbeiter-Verband an, der die Interessen der in der Blumenfabrik tätigen Arbeiter in jeder Hinsicht vertritt. Dann wird man einen Forderungen Nachtrag tragen und eure Arbeiterrechte mehr achten müssen.

Rundschau.

Kriegsrente und Sozialfürsorge.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ berichtet über Versuche von Unternehmern, die Rente auf das Einkommen anzuwenden. Eine größere sächsische Straßenbau-Gesellschaft möchte bei ihren Angestellten den Betrag der Kriegsrente auf Grund ihrer Arbeitsordnung. Eine Stadt-gemeinde Schwedenschenlands hat eine vor dem Kriege mit 1400 Mk. bezahlte Rente jetzt mit 60 Mk. monatlichem Gehalt an den Mann zu bringen, und da die Rente eines Gemeindeführers so gering ist, um den Interessen auszusprechen, so verhängte sie die Stelle an einen kriegsbeschädigten Unteroffizier, der eine etwas höhere Rente hat. Ein größerer Betrieb der Metallindustrie in der badischen Bodenseeregion setzt einpaar für kriegsbeschädigte voranweg — ohne auf die Leistungslosigkeit Bezug zu nehmen — geringere Löhne und Abfordersätze an, da diese ja Rente bezogen.

Wie anzunehmen werden muß, haben sich die General-Kommandos, denen von solchen Sozialrenten bezugnehmend Mitteilung gemacht wurde, überall mißbilligend darüber ausgesprochen und ihre Mißbilligung bei der Besprechung dieses Vorgehens in Aussicht gestellt. Insbesondere ist in dem Kundmachungsbogen des General-Kommandos für das XIV. Armee-Korps (München) folgender Satz:

„Die Bestimmung, daß die Unternehmern, um der Angelegenheit aus dem Wege zu gehen, keine Beschäftigung für kriegsbeschädigte haben können, wird hier nicht geleist. Nach den hier gemachten Erfahrungen

ist die Nachfrage nach Arbeitskräften immer noch erheblich größer als das Angebot. Auch müßte ein Unternehmer, der die ihm angebotene Beschäftigung von kriegsbeschädigten ohne stichtastigen Grund ablehnt, sich entsprechend Gegenmaßnahmen des General-Kommandos gewärtig halten.“

Die Drohung mit Gegenmaßnahmen des General-Kommandos wirkt zweifellos auf die Unternehmer nicht ohne Eindruck. Wie stellt es aber nach Beendigung des Krieges? Dann hört die unbegrenzte Nachfrage nach kriegsbeschädigten zum Einbrechen auf, der Militär der Unternehmer ist freie Bahn gegeben. Es bleibt dann nur der Weg offen, daß die Gewerkschaften gegen die Anrechnung der Rente auf die Löhne einschreiten und auf der auch behördlicherseits anerkannter Forderung auszuhalten, daß die wirklichen Leistungen der kriegsbeschädigten für dessen Entlohnung maßgebend sein dürfen. Je größer die Macht der Gewerkschaft, desto größer wird auch ihr Einfluß auf die Entlohnung der kriegsbeschädigten sein.

Die Militärverwaltung für Errichtung von Lohnauschüssen.

Folgendes Schreiben des stellvertretenden General-Kommandos des 11. Armee-Korps in Kassel zeigt, daß einzelne Militärbehörden nachdrücklich für die Bildung von Lohnauschüssen eintreten.

Stellv. General-Kommando XI. A.-K.
11b Nr. 177.

Kassel, den 18. August 1916.

An Fürstl. Hess. Staatsministerium in Gießen.

Durch Schreiben vom 31. 12. 14 IVa Nr. 23886 hat das stellv. General-Kommando, um den Arbeitern ausreichende Löhne zu sichern, die Errichtung von Lohnauschüssen angeordnet.

Bis jetzt hat es mir von zweien Kenntnis erhalten, die durch die zuständigen Herren Regierungspräsidenten in Kassel und Esfurt eingereicht sind. Beide haben sich nach dem einstimmigen Urteil aller Beteiligten gut bewährt.

In neuerer Zeit laufen hier jedoch aus den abstrahierten Teilen des Korpsbezirks, wohl durch die ständig steigenden Lebensmittelpreise veranlaßt, Klagen über unzureichende Löhne, teils von einzelnen, teils von den Arbeitern ganzer Betriebe ein.

Da es das stellv. General-Kommando an sich nicht als seine Aufgabe betrachtet, in Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingzugreifen, es sei denn, daß die genügende und rechtzeitige Fertigstellung der Dienstleistungen in Frage gestellt wird, möchte es nicht selbst solche Ausschüsse einrichten, stellt vielmehr nochmals gleiche Maßnahmen für den dortigen Bereich ergeben anheim.

Nach den bisher gemachten Erfahrungen setzen sich die Ausschüsse zweckmäßig wie folgt zusammen:

Vorsitzender nach Möglichkeit der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte, sonst ein Mitglied des Magistrats; Vertreter wählen die Handelskammer, die Handwerkskammer je einen, die Arbeiterkraft zwei, einer davon als ständiger, der andere wechselnd je nach dem zur Verhandlung stehenden Falle als Vertreter des betreffenden Gewerbes.

Kommt ein Fall zur Verhandlung, der sich auf von der Heeresverwaltung bezogene Arbeiten bezieht, würde ein Vertreter dieser Verwaltung (Offizier oder Beamter) zuzuziehen sein.

Der Beurteilung dieser Ausschüsse würden nicht nur Lohnfragen der Heeresverwaltung, sondern aller Arbeiter zu unterbreiten sein. Ihr Wirkungswert dürfte daher nicht so groß sein, damit Arbeitgeber und Arbeiter bequem an den Verhandlungen teilnehmen können.

Fürstl. v. Tettau, Oberst.

Verbandsnachrichten.

Betrifft Schlussberichte über Lohn- und Teuerungsbewegungen.

Wir ersuchen die Gauleiter und die Zahlstellenleitungen, uns über alle von der Organisation geführten Lohn- und Teuerungsbewegungen einen Schlussbericht (Formular 2) einzusenden und uns ferner von allen Tarifänderungen Kenntnis zu geben, soweit das noch nicht geschehen ist. Die Einsendung der Schlussberichte erfolgt praktisch sofort nach Abschluß der Bewegung. Sind im Jahre 1916 mehrere Bewegungen in demselben Betriebe geführt worden, so ist über jede Bewegung ein Schlussbericht einzusenden. Die Arbeit des Ausfüllens der Schlussberichte wollen man nicht bis zum Jahresabschluss aufschieben.

Statistik. — Blaue Karten.

Für den Monat Oktober sind die blauen Karten bis zum 4. November einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich bis zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Die roten Wochenkarten und die grauen Monatskarten sind unzulässig und dürfen deshalb nicht mehr eingesandt werden.

Vom 24. Oktober 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Baireuth 179,51. Diersleben 131,44. Bodenwerder 112,43.
- Düren 50,50. Wauzen 26,—. Gr.-Westen 21,25. Wünnen 3986,—.
- Burgau 357,11. Mühlberg a. d. E. 204,14. Marienstein 97,47.
- Ginzel 24,—. Garlingerode 79,47. Merseburg 43,81. Eckartsbäumen 35,89. Schmieberg (Bez. H.) 8,63. Mühlenteb 81,—. Peine 29,85.
- Bremersleben 16,42. Margarin 15,11. Straßburg i. El. 11,05.
- Stolz i. P. 114,82. Bornhöved 67,02. Ebing 600,—. Cutin 540,26.

In Versicherungsbeiträgen gingen ein:

- Gotha 8,45. Halberstadt 4,40. Baireuth 2,70. Gr.-Westen —,75.
- Düren —,40. Pries 16,90. Speier 10,—. Würzen 7,50. Warby 5,80.
- Marienstein 1,80. Garlingerode 1,10. Breslau 34,50. Döbeln 11,50.
- Margarin —,90. Kiel 33,50. Hildesheim 11,40. Neustadt i. S. 1,45.
- Magdeburg 101,05. Delmenhorst 23,10. Offenbach a. M. 31,—.
- Mühlenteb 8,45. Glaucha 2,—.

Schluss: Montag, den 30. Oktober, mittags 12 Uhr.

F. v. Brunn, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1916 haben eingesandt:

- Schwaan, Friedrichstadt, Minden, Schwennigen, Eckartsbäumen, Gießen, Bodenwerder, Hol-Moschendorf, Garlingerode, Marienstein, Schmieberg, Mühlberg a. d. E., Merseburg, Ginzel, Margarin, Peine, Gerabronn, Straßburg, Diersleben, Mühlenteb, Bremersleben, Stolz i. Pommern, Bornhöved, Speier.

Ausgeschlossen

wurde das Mitglied der Zahlstelle:

Kiel. Fritz Riegenbath, Buch-Nr. 610 052, eingetreten am 1. Januar 1915 in Kiel.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
462 164	Elisbeth Hellmar	20. 9. 1894	11. 2. 1911	Berlin
468 317	Heinrich Wall	21. 1. 1844	21. 11. 1906	Frankfurt a. M.
608 682	Albert Schönbart	16. 9. 1867	25. 4. 1909	Gießen
555 855	Wihelm Eidenrodt	22. 2. 1877	3. 11. 1912	Ermsleben
560 885	August Sorge	25. 8. 1865	24. 5. 1908	Ermsleben
Karten-Nr.				
407 911	Johann Böwig	15. 9. 1860	1. 9. 1915	Leipzig